

Demokratie braucht Meinungsfreiheit

In einem Vortrag beim Hayek Club Heidelberg betonte Alexander Mitsch, Schatzmeister der Stiftung Meinung & Freiheit e.V., die zentrale Bedeutung der Meinungsfreiheit für eine funktionierende Demokratie. Art. 5 des Grundgesetzes garantiert dieses Grundrecht ausdrücklich. Gleichwohl steht die Meinungsfreiheit in der politischen und gesellschaftlichen Praxis unter Druck. Der Korridor des öffentlich Sagbaren scheint enger zu werden, begleitet von staatlichen Maßnahmen gegen vermeintliche Beleidigungen, Hetze oder mediale Äußerungen.

Aktuelle Umfragen untermauern diese Wahrnehmung. Nach Erhebungen des Institut für Demoskopie Allensbach aus dem Herbst des vergangenen Jahres glauben nur noch 46 % der Bürger, ihre politische Meinung frei äußern zu können. Ein erheblicher Teil der Befragten hat den Eindruck, im öffentlichen Raum oder in den Medien schnell als politisch unkorrekt eingestuft und dadurch faktisch zum Schweigen gebracht zu werden.

Auch eine Untersuchung von Infratest dimap zeigt, dass bereits mehr als die Hälfte der Befragten nach eigener Aussage negative Konsequenzen erlebt hat, nachdem sie ihre Meinung geäußert hatten.

Solche Einstellungen und Erfahrungen begünstigen eine Selbstbeschränkung der Meinungsäußerung. Wenn Bürger Nachteile befürchten, entsteht eine Dynamik der Zurückhaltung, die in der Sozialforschung als „Schweigespirale“ beschrieben wird. Eine Demokratie lebt jedoch vom offenen Diskurs, vom Wettbewerb der Argumente und von der Bereitschaft, auch unbequeme Positionen zuzulassen.

Erich Kästner formulierte es prägnant: „Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird.“ Der Schutz der Meinungsfreiheit erfordert daher Wachsamkeit gegenüber ideologischen Tendenzen jeder politischen Richtung, die auf eine Ausweitung staatlicher Eingriffe und eine Einschränkung individueller Freiheitsräume zielen.

Demokratie bleibt nur dann lebendig, wenn die Freiheit des Einzelnen gegenüber staatlicher Überdehnung verteidigt und der offene, auch kontroverse Diskurs als konstitutives Element politischer Ordnung erhalten wird.